

17:28 MESZ

"Definitionsmacht der Ökonomie"

Dietrich von der Oelsnitz über negative Auswirkungen für die Geisteswissenschaften - Interview in voller Länge

Dietrich von der Oelsnitz war bisher im Fachbereich Unternehmensführung an der Fakultät für Wirtschaftswissenschaften in Ilmenau tätig und wechselt dieses Semester an die Uni Braunschweig. Sollte sich die „ökonomische Steuerung des ganzen Bildungswesens“ fortsetzen, so wird sich dies nach von der Oelsnitz vor allem negativ auf die Geisteswissenschaften auswirken. Verhindert werden könne dies nur „mit Hilfe des Protestes der Studenten“.

UniStandard: In einem Artikel schreiben Sie: „Da gut ausgebildete Mitarbeiter aus der Sicht der Wirtschaft im 21. Jahrhundert eine elementare Ressource bedeuten, stellen die Unternehmen zu Recht hohe Anforderungen an das staatliche Bildungssystem.“ Meine Frage: Inwiefern glauben Sie, dass Unternehmen überhaupt das Recht haben, Anforderungen an das staatliche Bildungssystem zu stellen?

von der Oelsnitz: Sie haben ein begrenztes Recht. Die Wirtschaft ist nur ein Teilsystem der Gesellschaft; Bildung ist ein anderes System als Ökonomie. Von da her haben sie nicht das alleinige Definitionsrecht. Natürlich aber sollen unsere Absolventen später von der Wirtschaft aufgenommen und beschäftigt werden, insofern dürfen die schon ihre Wünsche äußern – das Recht haben sie. Aber unser Recht besteht natürlich darin, selbst zu definieren, was wir glauben, dass ein Absolvent wissen müsste. Die Wirtschaft hat ein Recht, dass aber alle anderen Subsysteme der Gesellschaft auch haben. Nahtlos an die Bedürfnisse der Privatwirtschaft angepasste Absolventen wollen wir nicht!

UniStandard: Aber hat die Universität hier nicht ein gewisses Mehr an Definitionsrechten?

von der Oelsnitz: So ist es eindeutig. Das Problem der Bildungspolitik ist, dass die wirtschaftlichen Bedürfnisse als alleiniger Maßstab genommen werden. Wenn ein Arbeitgebervertreter sagt: Ich finde, die sollten jetzt alle mal Russisch lernen, dann, etwas überspitzt gesagt, wird irgendwann ein Kurs Russisch an den Unis verlangt und eingeführt. Das wird auch noch dadurch untermauert, dass man zunehmend Stiftungslehrstühle hat. Der Staat zieht sich im Prinzip aus der Finanzierung des Hochschulwesens zurück, überträgt das den Unternehmen, die natürlich damit ihre Partikularinteressen verbunden sehen wollen. Deshalb bin ich kein großer Freund von Stiftungslehrstühlen.

UniStandard: Sie plädieren dafür, dass die Universitäten „Orientierungskompetenz“ vermitteln sollten. Was ist unter diesem Begriff genau zu verstehen?

von der Oelsnitz: Ich meine damit im Prinzip: Faktenwissen ja, aber wir brauchen eben eine höhere Wissensebene. Die Leute müssen auch wissen, wo sie suchen sollen, wenn Informationen fehlen, sie müssen mit genügend Allgemeinbildung einzelne Disziplinen verknüpfen können. Es nützt wenig, einzelne isolierte Experten für bestimmte Fachgebiete zu

haben. Orientierungskompetenz meint auch: Man muss das Wichtige vom Unwichtigen trennen können, man muss wissen, dass es immer noch andere Seiten einer Medaille gibt. Der Orthopäde sieht bei ihnen immer ein Hüftleiden, der Neurologe immer ein Nervenleiden. Vielleicht haben beide Recht, vielleicht keiner. Vielleicht haben Sie auch ein psychosomatisches Leiden, dann müssen Sie einen Psychiater heranziehen. Das meine ich: keine einzelnen Fakten, sondern Verknüpfungswissen.

UniStandard: Sie äußern sich auch eher kritisch zum Bologna-Prozess. Was glauben Sie sind die gravierendsten Folgen des Bologna-Prozesses für die Geisteswissenschaften? Welche Möglichkeiten gibt es aber auch?

von der Oelsnitz: Das hängt eng zusammen mit Ihrer ersten Frage. Gerade die Definitionsmacht der Ökonomie, sprich: der Unternehmen, die als Wissen nur mehr das begreifen, was kommerziell verwertet werden kann. Sagen wir das ruhig so hart. Mit den Technik- und Ingenieurwissenschaften kann man viel Geld verdienen und neue Generationen von MP3-Playern und Flat-TVs basteln. Aber die Geisteswissenschaftler zahlen letztendlich die Zeche, weil man deren Wissen oder den Nutzen schlecht messen kann, und vor allem ist der Nutzen auch nicht kurzfristig erkennbar. Aber interkulturelle Kompetenzen, Verständnis für andere Religionen und andere ethnische Gruppen, Wissen um die Vergangenheit - um bestimmte Fehler nicht mehr zu wiederholen – brauchen wir noch dringender. Wir haben unsere Wurzeln in einem eher humanistischen Ideal der Aufklärung und das droht aus meiner Sicht über Bord zu gehen, wenn ich entsprechende Lehrstühle kürze und nur noch die unterstütze, die direkt kommerziell nutzbar sind. Ich glaube, dass vielleicht gar nicht so sehr der Bologna-Prozess, aber dafür die Verschiebung hin zu einer ökonomischen Steuerung des ganzen Bildungswesen zu Lasten der Geisteswissenschaften geht und das sich das langfristig auch rächen wird.

UniStandard: Wie glauben Sie wird sich die verstärkte Etablierung von Eliteuniversitäten auf die Hochschullandschaft und für die Studenten auswirken?

von der Oelsnitz: Begrüßen würde ich es, wenn das bisherige Universitätsniveau beibehalten werden würde und darauf aufgesattelt eine Spitzenausbildung stattfinden würde. Aber ich glaube, dass das Gegenteil eintritt. Dass man im Prinzip die Mehrheit der Universitäten auf Fachhochschulniveau runterdrückt und das, was noch übrig bleibt, als Elite bezeichnet. Will sagen: Die Besten werden nicht besser, aber die Mehrheit wird schlechter werden und dann ist relativ das Elite, was heute Normalfall ist. Es gibt, glaube ich, einen Wettlauf nach unten.

UniStandard: Was könnten die Geisteswissenschaften antworten, wenn sie mit der Frage nach ihrem Nutzen konfrontiert sind?

von der Oelsnitz: Sie sind unverzichtbar, wenn man die Welt verstehen will. Punkt. Die Welt verstehen heißt auch: die Welt besser gestalten. Ich will jetzt nicht mit der Floskel kommen: „Wer die Zukunft gewinnen will, muss die Vergangenheit verstehen“, aber im Prinzip ist da schon was daran.

UniStandard: Den Wert der Geisteswissenschaften fassen Sie unter dem Wort „Sinnproduktion“ zusammen, ein Argument, welches häufig gebraucht wird. Polemisch überspitzt frage ich mich dann: Wieso versteht das niemand?

von der Oelsnitz: Haben Sie darauf eine Antwort? Ich weiß es nicht. Man muss aufpassen mit pauschaler Politikerschelte, aber: Politiker denken in Wählerstimmen und Wähler

argumentieren ökonomisch. Wenn Sie eine Wahl gewinnen wollen, brauchen Sie eine ökonomische Prosperität, sprich: es muss den Leuten gutgehen. Und dazu tragen natürlich die Geisteswissenschaften nur mittelbar bei, während die Ingenieurwissenschaften unmittelbar zu einem kurzfristigen, materiell verstandenen Wohlstand beitragen. Langfristig kann ich dabei verblöden, weil ich dann zwar alle Konsumprodukte und alle möglichen Elektrogeräte besitze, aber Maria Callas nicht mehr von Dieter Bohlen unterscheiden kann.

UniStandard: Sie schreiben sehr kritisch über das Centrum für Hochschulentwicklung (CHE). Wie stehen Sie zu deren jährlichem Ranking?

von der Oelsnitz: Für mich sind das – überspitzt gesagt – Erfüllungsgehilfen der neoliberalen Bildungspolitik. Nicht umsonst sitzt das CHE in Gütersloh, wo ein großer deutscher Medienkonzern beheimatet ist, der auch viel Geld im Bildungssektor verdienen will, z.B. über Akkreditierungsagenturen. Und ich behaupte, dass die uns den Reformbedarf einreden, damit sie dann später ihre Tochtergesellschaften (Arvato!!) mit Umsatz versorgen können. Weil irgendjemand die ganzen Akkreditierer und sonstigen Bildungsfunktionäre bezahlen muss – und letztlich sind das dann die Studenten mit ihren Studiengebühren. Das Geld sollte aber da nicht hingehen, also nicht in die Hochschulbürokratie, sondern das sollte in die Verbesserung der Lehre gehen.

UniStandard: Gegen Ende eines Artikels schreiben Sie: „In den Universitäten hat man sich offenkundig daran gewöhnt, den immer wieder verkündeten Imperativen der Wissenschaftspolitik demütig zu folgen.“ Wie können sich die Unis und eben auch die Studenten gegen so etwas wehren? Welche Möglichkeiten sich gegen diese Imperative zu wehren gibt es überhaupt?

von der Oelsnitz: Im Prinzip geht das nur mit den Studenten oder aus der Studentenschaft heraus. Wir als Professoren sind immer Außenseiter in dieser Debatte, wir werden immer stigmatisiert als diejenigen, die „ja nur ihre Privilegien verteidigen“ wollen. Es bringt nichts, dass eine kleine Professorenschaft dagegen anschreibt (auch wenn ich das derzeit tue). Ich weiß, dass das gar nix bringt, aber ich mach´s trotzdem. Letztlich kann das nur die Mehrheit verändern, also die Studenten – und die sollten nicht auf die Straße gehen, weil sie, wie in Thüringen, 50 Euro Verwaltungsgebühr zahlen müssen pro Semester, sondern die sollten vielmehr auf die Straße gehen, weil mittlerweile schleichend die hochschulinterne Mitbestimmung abgeschafft wird. Das kann nur mit Hilfe kritischer Medien und mit Hilfe des Protestes der Studenten verhindert werden – denn die Studenten sind auch wieder Wähler und da hat man den Zirkel dann wieder geschlossen. (derStandard.at/2. Oktober 2007)